

Chronologie zur Geschichte der CSU

1945 - 2004

<u>1945 - 1949</u>	S. 2 - 11
<u>1950 - 1959</u>	S. 12 - 15
<u>1960 - 1969</u>	S. 16 - 19
<u>1970 - 1979</u>	S. 20 - 23
<u>1980 - 1989</u>	S. 24 - 26
<u>1990 - 1999</u>	S. 27 - 31
<u>2000 - 2004</u>	S. 32 - 35

Chronologie zur Geschichte der CSU 1945 - 2004

1945

8. Mai Die deutsche Wehrmacht kapituliert bedingungslos. Karl Scharnagl wird in München als Oberbürgermeister eingesetzt.
11. Mai Als erster Regierungspräsident eines bayerischen Regierungsbezirkes tritt der 70jährige Adam Stegerwald, christlicher Gewerkschaftsführer und Reichsarbeitsminister im Kabinett Brüning, in Mainfranken (seit 1946 Unterfranken) sein Amt an. Schon während ihres Vormarsches hatten die Amerikaner auf der unteren Verwaltungsebene Landräte in den bereits eroberten Gebieten eingesetzt.
15. Mai In München trifft ein Stab von 32 Offizieren ein, der unter der Leitung des ehemaligen New Yorker Stadtverordneten Charles Keegan den Grundstock der in den folgenden Monaten auf etwa 200 Offiziere erweiterten amerikanischen Militärregierung in Bayern, das Regional Military Government (RMG), bildet.
28. Mai Die amerikanische Militärregierung ernennt den früheren BVP-Vorsitzenden Fritz Schäffer auf Empfehlung Kardinal Faulhabers zum Ministerpräsidenten Bayerns (Temporary Ministerpräsident). Er steht unter der Kontrolle der Militärregierung (Kabinett Schäffer).
2. Juni Franz Josef Strauß wird zum stellvertretenden Landrat in Schongau ernannt und am 31. August 1946 zum Landrat gewählt.
5. Juni Die Alliierten übernehmen die oberste Regierungsgewalt in Deutschland. Sie geben die Einteilung in vier Besatzungszonen und das Sondergebiet Groß-Berlin bekannt und schaffen einen Kontrollrat für alle gemeinsamen Fragen.
10. Juni Die Sowjets erlauben als erste Besatzungsmacht in ihrem Besatzungsgebiet die Bildung "antifaschistischer" Parteien. Nach der Potsdamer Konferenz (17.7.-2.8.1945) beginnen auch die Westalliierten, politische Parteien zuzulassen.
- Sommer In verschiedenen bayerischen Orten versammeln sich bürgerliche, konservative Kräfte mit der Absicht, eine als Gegengewicht zu SPD und KPD gedachte Partei zu gründen. Die führenden Köpfe dieser Bewegung sind Karl Scharnagl, Josef Müller, Adam Stegerwald, Fritz Schäffer, Wilhelm Eichhorn, Michael Horlacher, Alois Hundhammer, Heinrich Krehle, Carl Lacherbauer, Walther von Miller, August Schwingenstein, Alois Schlögl, Anton Pfeiffer. Der Parteiname soll Christlich-Soziale Union sein.
Wie in Bayern kam es 1945/46 in ganz Deutschland zur Gründung christlicher Volksparteien. Die Schwerpunkte lagen neben München in Berlin, Köln und Frankfurt.
2. Aug. Die im Potsdamer Abkommen festgelegten allgemeinen Richtlinien der alliierten Besatzungspolitik zielen auf die Dezentralisierung der Verwaltung und führen zur Bildung der Länder.

10. Aug. Nachdem die amerikanische Militärregierung die Wiederzulassung politischer Parteien angekündigt hatte, verschickt der Münchner Oberbürgermeister Karl Scharnagl ein vierseitiges Einladungsschreiben an etwa 60 Personen außerhalb des "sozialistischen Lagers", um für die Gründung einer Partei auf christlicher Grundlage zu werben. Die Versammlung findet am 14.8.1945 statt.
14. Aug. Auf Einladung des Münchner Oberbürgermeisters Karl Scharnagl trifft sich ein zwölköpfiger Personenkreis (Joseph Baumgartner, Max Grasmann, Heinrich Krehle, Emil Muhler, Josef Müller, Anton Pfeiffer, Maria Probst, Max Gerstl, Reuter, Rudolf Schwarzer, Franz Xaver Stadelmayer) und macht sich Gedanken über eine neue politische Sammlungsbewegung auf christlicher Basis. Zur Vorbereitung der Parteigründung wird ein Redaktionsausschuss berufen, der sich am 12.9.1945 bereits wieder auflöst. Eine seiner Hauptaufgaben besteht in der Erarbeitung erster programmatischer Richtlinien, die am 5.9.1945 als Entwurf ("Grundsatz-Programm einer Christlich-Demokratischen Volkspartei in Bayern") vorgelegt werden können.
21. Aug. Der unterfränkische Regierungspräsident Adam Stegerwald versammelt im Einvernehmen mit der Militärregierung einen Kreis führender Personen aus dem Würzburger Raum zu einer Besprechung über eine künftige überkonfessionelle Partei. Er war schon 1920 für die Gründung einer interkonfessionellen, antisozialistischen Volkspartei eingetreten. Als Reichspolitiker fasst er eine gesamtdeutsche Partei ins Auge, die er mit dem ersten "Reichstreffen" im November 1945 auf den Weg zu bringen versucht.
25. Aug. In Würzburg einigt man sich darauf, der neuzugründenden Partei den Namen Christlich-Soziale Union zu geben. Die offizielle Gründung der Partei erfolgt am 13. Oktober in Würzburg.
27. Aug. Zulassung der Parteien auf Kreisebene in den Westzonen.
30. Aug. In einer Resolution wird zum ersten Mal der künftige Parteiname "Union" festgehalten.
12. Sep. Im Münchner Rathaus treffen sich 20 Personen, die einstimmig den Namen "Bayerische Christliche-Soziale Union" beschließen und einen weiteren Ausschuss zur Vorbereitung der Parteigründung einsetzen. Diese "Redaktionssitzung", bei der "die Union aus der Taufe gehoben" wurde, gilt als eigentliche Gründungssitzung der CSU.
17. Sep. Der "Ausschuss zur Vorbereitung der Gründung einer Christlich-Sozialen Union" tritt zu seiner ersten Sitzung zusammen.
19. Sep. Die amerikanische Militärregierung errichtet durch die "Proklamation Nr. 2" in ihrer Zone die "Staaten" Großhessen, Württemberg-Baden und Bayern (ohne Stadt und Landkreis Lindau). Sie stehen unter der Leitung von Landesdirektoren (Walter J. Muller in Bayern), die OMGUS (Office of Military Government, United States) direkt unterstellt sind, und die am 15.10.1945 das bisherige RMG ersetzen. Seit 11.12.1945 werden diese "Staaten" als Länder bezeichnet.

20. Sep. Die amerikanische Militärregierung erlaubt die Bildung von politischen Parteien auf Orts- und Kreisebene.
28. Sep. Fritz Schäffer wird von der amerikanischen Militärregierung entlassen und Wilhelm Hoegner (SPD) als sein Nachfolger als Ministerpräsident eingesetzt (Kabinett Hoegner I).
11. Okt. Als erste Parteigliederung wird die CSU in München von etwa 100 Personen im Rathaus formell gegründet. Am 25.11.1945 reicht sie den Antrag auf Lizenzierung bei der Militärregierung ein, den diese am 5.12.1945 genehmigt. Hanns Seidel wird zum Landrat von Aschaffenburg ernannt (1945-1947).
13. Okt. Gründung der CSU in Stadt und Landkreis Würzburg.
17. Okt. Auf Betreiben der amerikanischen Militärregierung wird in Stuttgart der Länderrat der US-Zone als Forum für politische Kontakte der Regierungen der amerikanisch besetzten Länder untereinander und zur Militärregierung errichtet. Er nimmt am 6.11.1945 seine Arbeit auf. Einmal pro Monat treffen sich die Ministerpräsidenten als gleichberechtigte Ratsmitglieder. Zu ihrer Unterstützung wird in Stuttgart ein ständiges Büro, das Generalsekretariat, errichtet. Der Länderrat beendete seine Tätigkeit mit der Gründung der Bundesrepublik 1949.
25. Okt. In der "Kanzlei Dr. Müller" in der Gedonstraße, wo sich seit Juni 1945 regelmäßig ein Kreis politisch Gleichgesinnter trifft, beschließen führende CSU-Gründer, in München ein Sekretariat für das Land zu errichten. Damit wird der Vorläufer der künftigen CSU-Landesgeschäftsstelle geschaffen. Gegen Ende des Jahres wird August Wilhelm Schmidt als erster in die Funktion eines Landesgeschäftsführers der CSU eingesetzt.
25. Nov. Der Aufbau einer landesweiten Organisation der CSU wird eingeleitet. Man bildet einen neunköpfigen vorläufigen Ausschuss, der als "Vorbereitender Landesausschuss" zum ersten Mal am 30.11.1945 tagt.
3. Dez. Adam Stegerwald stirbt in Würzburg.
8. Dez. Alfred Loritz erhält die Parteilizenz für die Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung (WAV) in München, am 25.3.1946 die landesweite Lizenzierung.
- 14.-16. Dez. In Bad Godesberg findet ein erstes Treffen der bis dahin organisierten Unions-Gruppen ohne Vertreter der bis dahin noch nicht lizenzierten CSU statt. Ein dort beschlossener "Zonenverbindungsausschuss", dem dann auch bayerische Vertreter angehörten, sollte ab Anfang 1946 in Frankfurt die Zusammenarbeit und Vereinigung zonenübergreifend fördern. Er löst sich, nachdem er 26 Tagungen hinter sich gebracht hat, erst 1951 auf.
17. Dez. Josef Müller wird zum "vorläufigen Vorsitzenden des Vorbereitenden Landesausschusses" (1945-1949) gewählt. Damit erhebt sich der "Vorbereitende Ausschuss" selbst zum "Vorläufigen Landesausschuss" und übernimmt faktisch die Funktion eines Landesvorstandes.
31. Dez. Zehn-Punkte-Erklärung der Christlich-Sozialen Union.

1946

6. Jan. Im Kongreß-Saal des Deutschen Museums hält die Münchner CSU ihre erste Großkundgebung ab, die vom Münchner Kammerorchester und den Münchner Philharmonikern musikalisch umrahmt wurde. In verschiedenen Ansprachen erläutern neben dem Hausherrn und ersten Vorsitzenden des vorbereitenden Münchner Ausschusses der CSU Walther von Miller, Oberbürgermeister Karl Scharnagl sowie fünf weitere Vertreter der Union das künftige politische Programm der CSU.
8. Jan. Der "Vorbereitende Ausschuss" beruft eine Tagung des "Erweiterten Vorläufigen Landesausschusses" der Union als erste landesweite Sitzung der CSU ins Münchner Rathaus ein, die Gründungsversammlung der CSU auf Landesebene. Es nehmen je fünf Delegierte aus jedem bayerischen Regierungsbezirk teil. Die vorläufige Satzung der CSU wird bestätigt und Landesarbeits- und Parteausschüsse werden eingesetzt. Am gleichen Tag lizenziert die amerikanische Militärregierung die CSU und auch die SPD.
27. Jan. Zum ersten Mal seit 1929 finden in Bayern wieder Kommunalwahlen in Gemeinden mit weniger als 20.000 Einwohnern statt. Die CSU erringt 36,8%.
9. Feb. Die Militärregierung beauftragt Ministerpräsident Wilhelm Hoegner, eine bayerische Verfassung vorzubereiten. Dieser beruft einen "Vorbereitenden Verfassungsausschuss", dem neben Hoegner als Vorsitzendem die Staatsminister Josef Seifried (SPD), Albrecht Roßhaupter (SPD), Heinrich Schmitt (KPD), die Staatssekretäre und CSU-Vertreter Heinrich Krehle, Hans Ehard und Anton Pfeiffer sowie die Münchner Bürgermeister Karl Scharnagl (CSU) und Thomas Wimmer (SPD) angehören. Als Sachverständiger nimmt Prof. Hans Nawiascky an mehreren Sitzungen teil.
24. Feb. In München wird der Jugendausschuss der CSU gegründet, zum Vorsitzenden Franz Steber gewählt.
26. Feb. Der Bayerische Beratende Landesausschuss tritt als "Vorparlament" zusammen und hält bis zu seiner Auflösung am 13.6.1946 drei Tagungen ab. Die 128 von den Parteien benannten, bzw. von der Staatsregierung berufenen Mitglieder wählen Georg Stang (vor 1933 BVP), den letzten Landtagspräsidenten vor 1933, zu ihrem Präsidenten.
5. März Mit dem sog. "Befreiungsgesetz" geht die Entnazifizierung in deutsche Hände über.
26. März Kommunalwahlen in Gemeinden über 20.000 Einwohnern
- 30./31. März In Bamberg tagt der Erweiterte Vorläufige Landesausschuss der CSU, der sich seitdem Landesarbeitsausschuss nennt. Josef Müller wird als alleiniger Landesvorsitzender bestätigt.
3. April Als Vertreter der CSU lehnen Josef Müller und Friedrich Wilhelm von Prittwitz und Gaffron in Stuttgart den Führungsanspruch der Berliner CDU für die neu zu gründende überzonale Unionspartei ab.

24. April Die Militärregierung verhängt ein zweijähriges politisches Betätigungsverbot über Fritz Schäffer.
28. April Bei den Kreistagswahlen erreicht die CSU 67,9%.
17. Mai Josef Müller wird auf der ersten Landesversammlung der CSU offiziell als Parteivorsitzender bestätigt. Sein umfangreicher Satzungsentwurf wird angenommen, die "maßgebenden Richtlinien", die sog. "Fünf Punkte der Union", verabschiedet.
26. Mai Die CSU erreicht bei den Stadtkreiswahlen (Gemeinden über 20.000 Einwohner) 45,1%.
30. Juni Bei der Wahl zur Verfassunggebenden Landesversammlung erhält die CSU 58,3% und damit 109 der 180 Sitze.
4. Juli Unter der Leitung von Karl Köhler und Emil Muhler findet die erste Sitzung des Kulturpolitischen Ausschusses der CSU statt.
6. Juli Franz Liedig löst August Wilhelm Schmidt als Landesgeschäftsführer (1946-1948) ab. Als er erkrankt, übernimmt Otto Schedl seine Aufgaben.
15. Juli In München konstituiert sich die Verfassunggebende Landesversammlung (CSU 109, SPD 51, KPD 9, WAV 8, LDP/FDP 3 Sitze). Sie wählt Michael Horlacher zum Präsidenten (bis 30.12.1946) und bestimmt aus ihrer Mitte 21 Mitglieder (davon 12 CSU-Abgeordnete) für den Verfassungsausschuss. Die CSU-Abgeordneten wählen Alois Hundhammer zum Fraktionsvorsitzenden.
- 28./29. Aug. Bei einer gemeinsamen Tagung der Landesvorsitzenden der CSU und CDU (ohne französische Zone) in Königstein verständigt man sich auf die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft und die Errichtung einer Geschäftsstelle als ersten Schritt zur Zusammenarbeit nach dem Zonenverbindungsausschuss. Die Arbeitsgemeinschaft konstituiert sich am 5./6. Feb. 1947.
12. Sep. Als erste gemeinsame Einrichtung der Bi-Zone wird in Minden der deutsche Wirtschaftsrat mit fünf Zentralämtern zur wirtschaftlichen Verwaltung gebildet (Verwaltungsämter für Wirtschaft in Minden, für Ernährung und Landwirtschaft in Stuttgart, für Verkehr in Bielefeld, für Finanzen in Bad Homburg und für Post und Fernmeldewesen in Frankfurt a.M.). 1947 wird der "Zweizonenwirtschaftsrat" zum "Wirtschaftsrat für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet" auf parlamentarischer Basis ausgedehnt, seine Behörden in Frankfurt a.M. zusammengelegt. Seine letzte Sitzung findet am 8.8.1949 statt.
4. Okt. Der CSU-Landesausschuss verabschiedet ein Grundsatzprogramm (s. 14./15.12.1946) und die eigentliche Parteisatzung, die am 29.10.1946 von der Militärregierung genehmigt wird.
- Herbst Die amerikanische Militärregierung, darauf bedacht alle Tendenzen zur Zersplitterung der Parteienlandschaft schon im Keim zu ersticken, fordert im Herbst 1946 alle im Laufe des Jahres entstandenen Gruppierungen auf Orts-,

Kreis- und Bezirksebene - die zwar den Namen einer der fünf lizenzierten Landesparteien tragen, diesen organisatorisch aber nicht angehören - ultimativ auf, sich den Landesverbänden anzuschließen. Sie droht mit dem Entzug der Teilnahmeberechtigung an den Wahlen und fördert damit die Einigung und die Bildung eines geschlossenen Landesverbandes der CSU.

1. Dez. Landtagswahl und Volksentscheid: Im Volksentscheid stimmen 70,6% der Wahlberechtigten der neuen Bayerischen Verfassung zu, die am 8. Dezember in Kraft tritt. Nach 14 Jahren findet erstmals wieder eine freie und geheime Wahl zum Bayerischen Landtag statt. Die CSU wird mit 52,3% die stärkste Partei und erhält 104 der 180 Sitze, die SPD erreicht 28,6% der Stimmen.
6. Dez. Wahl des Landesvorstandes der CSU: Vorsitzender Josef Müller, Landesschatzmeister Max Grasmann, Landesgeschäftsführer Wilhelm August Schmidt, dann Franz Liedig; weitere Mitglieder: Emil Muhler, Elisabeth Meyer-Spreckels, Lorenz Sedlmayr, Franz Josef Strauß, August Haußleiter, Michael Horlacher, Richard Pflaum, Alois Hundhammer, Konrad Kübler, Eugen Rucker, Georg Barth, Gerhard Kroll, Hermann Stratmann, Alfred Euerl, Ernst Dürr, Franz Ludwig Sauer, Josef Maria Müller, Eugen Rindt, Wilhelm Eichhorn, Georg Gamperl, Karl Sigmund Mayr, Heinrich Pflügler, Johannes Semler, Hans Ehard, Michael Helmerich, Anton Pfeiffer, Hans Meinzolt, Hans Kraus, Hans Müller, Joseph Baumgartner, Heinrich Krehle, Andreas Lang, Josef Donsberger, Adam Sühler, Maria Probst, Karl Schmid, Elisabeth Hahn, Rudolf Birkel, Franz Heubl, Franz Steber, Hans Schütz, Walter Rinke.
- 14./15. Dez. Auf der zweiten Landesversammlung der CSU in Eichstätt werden das Grundsatzprogramm und das Dreißig-Punkte-Programm als "Richtlinien der Christlich-Sozialen Union zur Überwindung der inneren und äußeren Not" verabschiedet, die Satzung der Partei angenommen und Josef Müller wieder zum Landesvorsitzenden gewählt.
16. Dez. Der erste Bayerische Nachkriegs-Landtag konstituiert sich und wählt Michael Horlacher zum Präsidenten (1946-1950). Ministerpräsident Hoegner tritt zurück, führt jedoch die Amtsgeschäfte bis zur Neubildung einer Regierung weiter.
21. Dez. Der neue Landtag wählt Hans Ehard (und nicht den CSU-Vorsitzenden Josef Müller) zum Ministerpräsidenten (1946-1954), der eine Koalitionsregierung aus CSU, SPD und WAV bildet (Kabinett Ehard I). CSU-Fraktionsvorsitzender wird Alois Hundhammer (1946-1951).

1947

1. Jan. Übergabe der Wirtschaftsverwaltung der britischen und amerikanischen Zone in deutsche Hand, es beginnt die wirtschaftliche Vereinigung der beiden Zonen zur Bi-Zone.
- 11./12. Jan. Gründung der Jungen Union (JU), die den am 24.2.1946 gebildeten Jugendausschuss der CSU ablöst. Es wird zunächst ein dreiköpfiger Landesrat, bestehend aus Franz Steber, Otto Schedl und Rudolf Birkel als oberste Spitze

eingesetzt, im Juli 1947 dann Fritz Höhenberger zum ersten Vorsitzenden (Landesobmann) gewählt.

- 5./6. Feb. 41 Delegierte aus allen Bundesländern konstituieren in Königstein i. Taunus die "Arbeitsgemeinschaft CDU/CSU Deutschlands". Es wird eine Geschäftsordnung genehmigt, fünf Arbeitsausschüsse werden errichtet und ein Vorstand mit Josef Müller als Vertreter Bayerns gebildet. Die erste Tagung des Vorstands findet vom 13. bis 15.3.1947 in Berlin statt.
- 1./2. März Erstmals trifft sich der "Ellwanger Kreis", ein unregelmäßig tagendes Forum aus CDU- und CSU-Vertretern der drei westlichen Zonen, zur Besprechung tagespolitischer Ereignisse. Ziel des Kreises ist es, die Wiedervereinigung Deutschlands auf föderativer Grundlage in die Wege zu leiten. Der Gesprächskreis löst sich erst Ende der 60er Jahre auf.
15. März Der US-General Lucius D. Clay löst Joseph T. McNarney als Militärgouverneur der US-Zone ab.
- Mai Gründung der "Studentischen Landesgruppe der CSU" in München. Bereits seit 1946 entstanden in der amerikanischen Besatzungszone lokale christlich-demokratische Studentengruppen, die sich an der CSU orientierten, untereinander aber kaum Kontakt hatten. Erst im Wintersemester 1951/52 verbinden sich die einzelnen Gruppen zum "Ring christlich-demokratischer Studenten" in Bayern. Erster Landesvorsitzender wird Albert Englberger, stellvertretender Vorsitzender Anton Jaumann. Ein bundesweiter RCDS konstituiert sich am 23.2.1951 in Bonn.
- 6.-8. Juni Hans Ehard beruft die erste gesamtdeutsche Ministerpräsidentenkonferenz nach München ein. Sie scheitert an den Vorstellungen der Vertreter der sowjetisch besetzten Zone (SBZ).
25. Juni Konstituierung des von den acht Landtagen gewählten Wirtschaftsrates in Frankfurt a. Main. Bayern entsendet zwölf der insgesamt 52 Abgeordneten, sechs davon sind Mitglieder der CSU: Hugo Karpf, Fritz Flörl, Alfons Loibl, Kurt Fromm, Otto Seeling, Johannes Semler. Anfang 1948 wird die Zahl der Sitze verdoppelt, so dass auf Bayern 24 Abgeordnete entfallen.
24. Juli Der Wirtschaftsrat wählt die Direktoren der Hauptverwaltungen der Bi-Zone. Da sich die SPD nicht beteiligt, stellen CDU und CSU allein die Direktoren. Hans Schuberth (CSU) übernimmt das Ressort Post und Fernmeldewesen. Johannes Semler (CSU), Direktor der Verwaltung für Wirtschaft, wird am 24.1.1948 wegen seiner in der "Hühnerfütterrede" geäußerten scharfen Kritik an der Besatzungspolitik entlassen und durch Ludwig Erhard ersetzt.
- 30./31. Aug. Auf der außerordentlichen Landesversammlung in Eichstätt verabschiedet die CSU ihr Wirtschafts- und Sozialprogramm. Die ehemalige BVP-Reichstagsabgeordnete Thusnelda Lang-Brumann gibt den Zusammenschluss der Frauen (FAG) in der CSU zur Landesarbeitsgemeinschaft der Frauen vom 29. August bekannt. Ende August entsteht auch die Union der Ausgewiesenen und Flüchtlinge (UdA), deren Vorsitz Hans Schütz übernimmt. Der UdA ging ein Landesflüchtlingsausschuss, der sich schon früh gebildet hatte, voran.

Die Arbeitnehmer schließen sich zur Christlich-Sozialen Arbeitnehmerschaft (CSA) zusammen. Heinrich Krehle wird erster Vorsitzender.

20. Sep. Nach dem Rücktritt der SPD-Minister am 15.9. und dem Ausscheiden der SPD aus der Koalitionsregierung, beruft Ministerpräsident Erhard mit Ausnahme des parteilosen Staatssekretärs Wolfgang Jaenicke eine reine CSU-Regierung (Kabinett Ehard II).
4. Dez. Der Bayerische Senat konstituiert sich und wählt Dr. Josef Singer zu seinem Präsidenten (1947-1968). Bayern hat als einziges Bundesland eine ständisch zusammengesetzte Zweite Kammer, die jedoch nur beratende Funktion hat.

1948

14. Jan. Die CSU lehnt den Zusammenschluss mit den anderen Unionsparteien ab.
9. Feb. Der Frankfurter Wirtschaftsrat wird reformiert, die Zahl der Sitze von 52 auf 104 verdoppelt. Der Landtag wählt am 18.2.1948 weitere zwölf Mitglieder für den Wirtschaftsrat, darunter auch Max Zwicknagl, Hans Schütz, Thusnelda Lang-Brumann und den 32jährigen Franz Josef Strauß, Landrat von Schongau und als Oberregierungsrat Leiter des Jugendamtes im Innenministerium.
- 28./29. Feb. Der CSU-Landesausschuss beschließt eine Satzungsänderung, die dem Landesvorsitzenden mit August Haußleiter (1948-1949) und Michael Horlacher (1948-1951) zwei Stellvertreter zur Seite stellt.
2. März Ludwig Erhard wird Direktor im Frankfurter Wirtschaftsrat. Er setzt zusammen mit Franz Josef Strauß die Idee der Sozialen Marktwirtschaft durch. 1945-1946 war er auch bayerischer Wirtschaftsminister.
29. März Zulassung der am 28.10.1946 gegründeten Bayernpartei auf Landesebene.
25. April Bei den Kreistagswahlen kommt die CSU auf 44,2%, bei den am gleichen Tag stattfindenden Gemeindewahlen erreicht sie 22,5%.
30. Mai Die CSU erreicht bei den Stadtkreiswahlen 20,4%.
14. Juni Mit der Gründung des Wirtschaftsbeirats der Union e.V. bildet der Unternehmerflügel der CSU eine eigene Organisation unter dem Vorsitz des Augsburger Papierfabrikanten Georg Haindl.
20. Juni Währungsreform in den drei Westzonen.
10. Aug. Der Verfassungskonvent auf Herrenchiemsee (10.-23.8.1948) wird unter der Leitung von Anton Pfeiffer eröffnet. Die Vertreter der westdeutschen Länderregierungen und West-Berlins arbeiten einen Entwurf für eine Verfassung aus, der als Grundlage für die Beratungen des Parlamentarischen Rates dient.
25. Aug. Der Landtag wählt 13 bayerische Vertreter (8 CSU, 4 SPD, 1 FDP) für den Bonner Parlamentarischen Rat, der am

- 1. Sep. zu seiner konstituierenden Sitzung zusammentritt. Die CSU-Vertreter des insgesamt 65 Mitglieder umfassenden Rates zur Ausarbeitung des Grundgesetzes sind Anton Pfeiffer, Josef Schwalber, Gerhard Kroll, Wilhelm Laforet, Ferdinand Kleindinst, Karl Sigmund Mayr, Kaspar Gottfried Schlör und Kaspar Seibold. Die bayerische SPD wurde durch Hans-Heinz Bauer, Josef Seifried, dann Albert Roßhaupter, Willibald Mücke und Jean Stock, und die FDP durch Thomas Dehler vertreten.
- 1. Okt. Das Gesetz über die Errichtung des Bayerischen Rundfunks tritt in Kraft.
- 14. Okt. Die Kommunalpolitische Vereinigung (KPV) wird in Garmisch-Partenkirchen gegründet. Den Vorsitz übernimmt der Münchner Oberbürgermeister Karl Scharnagl.
- 18. Dez. Franz Josef Strauß wird als Landesgeschäftsführer bestellt.

1949

- 11. Jan. Mit einem Festakt zieht der Bayerische Landtag ins Maximilianeum ein. Das alte Landtagsgebäude an der Prannerstraße war im Krieg zerstört worden.
- 4. April Zwölf Nationen unterzeichnen den Atlantikpakt (NATO), dem 1955 auch die Bundesrepublik beitrifft.
- 8. Mai Der Parlamentarische Rat in Bonn verabschiedet das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, das am 23.5.1949 in Kraft tritt.
- 19./20. Mai Nach 15stündiger Debatte lehnt der Landtag mit 101 gegen 63 Stimmen bei 9 Enthaltungen als einziges Länderparlament das Grundgesetz ab, jedoch wird mit 97 gegen 6 Stimmen bei 70 Enthaltungen die Rechtsverbindlichkeit anerkannt.
- 23. Mai Das Grundgesetz tritt in Kraft.
- 28. Mai Hans Erhard wird in Straubing als Nachfolger von Josef Müller zum neuen Vorsitzenden der CSU (1949-1955) gewählt.
- 8. Aug. Der am 12.9.1946 geschaffene Wirtschaftsrat hält seine letzte Sitzung ab.
- 14. Aug. Bei der Bundestagswahl erreicht die CSU 29,2% der Stimmen (bundesweit 5,8%). Die CSU-Landesgruppe, die 24 Abgeordnete umfasst, konstituiert sich als selbständige Fraktion zur Vertretung bayerischer Interessen und wählt Fritz Schäffer zum Obmann. Sein Stellvertreter ist Franz Josef Strauß, der bis zum Ende der Legislaturperiode den Vorsitz der Landesgruppe geschäftsführend übernimmt (1949-1953).
- 22. Aug. Die Militärregierung hebt den Lizenzzwang für die Presse auf.

7. Sep. Der Landesgeschäftsführer der CSU, Franz Josef Strauß, wird Generalsekretär (1949-1953), die Aufgaben des Landesgeschäftsführers übernimmt Hans Heggenreiner (1949-1952).
15. Sep. Konrad Adenauer wird zum ersten Bundeskanzler (1949-1963) gewählt. Seiner Regierung gehören die CSU-Mitglieder Fritz Schäffer (Finanzen), Wilhelm Niklas (Landwirtschaft und Ernährung) und Hans Schuberth (Post- und Fernmeldewesen) an.
3. Nov. Der Bundestag entscheidet sich für Bonn als zukünftige Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland.
12. Nov. Nach der Errichtung der Bayerischen Vertretung in Bonn (später Staatsministerium für Bundesangelegenheiten) wird Ernst Rattenhuber zum ersten Leiter ernannt.

1950

8. Feb. Landtagspräsident Michael Horlacher tritt von seinem Amt zurück, sein Nachfolger wird der am 26.2.1946 zum Präsidenten des Bayerischen Beratenden Landesausschusses ernannte und als letzter Landtagspräsident vor 1933 fungierende Georg Stang (stirbt am 10.5.1951).
3. Juni Die erste Ausgabe des BAYERNKURIER erscheint. Schon vorher hatte Josef Müller von Dezember 1948 bis April 1949 eine Wochenzeitung der CSU herausgegeben. In bewusster Anlehnung an die von Fritz Gerlich und Pater Ingbert Naab vor 1933 herausgegebene Zeitung nannte er sie "Der gerade Weg".
20. Okt. In Goslar findet der erste Bundesparteitag der Union statt. Bis auf die CSU, die selbständig bleibt, schließen sich alle Landesvorsitzenden der christlich-demokratischen Unionsparteien West-Deutschlands, West-Berlins und der Exil-CDU zu einer gemeinsamen Parteiorganisation zusammen.
26. Nov. Landtagswahl: Vor allem die innerparteilichen Flügelkämpfe in der CSU und die erstmals kandidierende Bayernpartei (17,9%) schwächen die CSU. Sie erhält noch 27,4%, 64 der 204 Sitze.
18. Dez. Ministerpräsident Hans Ehard bildet eine Koalitionsregierung aus CSU, SPD (28%) und BHE/DG (12,3%) (Kabinett Ehard III).

1951

5. Feb. Josef Brunner übt als stellvertretender Generalsekretär (1951-1953) die Aufgaben eines Landesgeschäftsführers aus.
19. Juni Alois Hundhammer (1951-1954) wird zum Nachfolger des am 10.5.1951 verstorbenen Landtagspräsidenten Georg Stang gewählt. Sein Amt als CSU-Fraktionsvorsitzender übernimmt der Bamberger Prälat Georg Meixner (1951-1958).

1952

30. März Die CSU erreicht bei den Kommunalwahlen 26,9%.
- 5./6. Juli Die Landesversammlung der CSU beschließt in Regensburg eine neue Satzung und wählt Franz Josef Strauß zum stellvertretenden Landesvorsitzenden.

1953

19. Febr. Erster Auftritt von Franz Josef Strauß beim Politischen Aschermittwoch im Wolferstetter Keller in Vilshofen.
- 2./3. Mai Neuanfang für die Christlich-Soziale Arbeitnehmerschaft - Arbeitnehmergruppe der CSU in Bayern (CSA).

- 6./7. Juni Die Frauenarbeitsgemeinschaft (FAG) erhält die erste Geschäftsordnung. Der ersten Vorsitzenden Thusnelda Lang-Brumann folgt die Landtagsabgeordnete Zita Zehner.
17. Juni Niederschlagung des Aufstandes in Ost-Berlin und anderen Orten der DDR durch sowjetisches Militär. Zum Gedenken an den Aufstand wird der 17. Juni zum gesetzlichen Feiertag erklärt, erstmals 1954 begangen und nach der Wiedervereinigung 1990 schließlich abgeschafft.
- 4./5. Juli Die Union der Ausgewiesenen und Flüchtlinge (UdA) benennt sich in Union der Vertriebenen (UdV) um.
10. Aug. Der bisherige stellvertretende Generalsekretär Josef Brunner wird Generalsekretär (1953-1954).
6. Sep. Bei der Bundestagswahl erreicht die CSU 47,9% (im Bundesdurchschnitt 8,8%), die Landesgruppe umfasst 52 Abgeordnete (20,8% von 250 CDU/CSU-Abgeordneten). Franz Josef Strauß wird zum Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe gewählt. Nach seinem Einzug ins Kabinett übernimmt Richard Stücklen geschäftsführend den Landesgruppenvorsitz (1953-1957) und wird auch stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion. Der Bundestag wählt Richard Jaeger zu seinem Vizepräsidenten (1953-1965, 1967-1976).
20. Okt. Bundeskanzler Konrad Adenauer beruft Franz Josef Strauß als einen der vier Bundesminister für besondere Aufgaben (1953-1955). Die anderen von der CSU gestellten Minister sind: Fritz Schäffer (Finanzen), Hans Schubert (Post- und Fernmeldewesen, seit 10.12.1953 Siegfried Balke).
- Nov. Der Evangelische Arbeitskreis (EAK) wird gegründet, mit Pfarrer Alfons Kreußel als erstem Vorsitzenden.

1954

6. Juni Verkündung der Schirmherrschaft des Freistaates Bayern über die sudetendeutsche Volksgruppe durch Ministerpräsident Hans Ehard.
28. Nov. Bei der Landtagswahl erhält die CSU 38,4% der Stimmen und bildet mit 83 Abgeordneten die größte Fraktion. Nach vielen Verhandlungen bildet aber Wilhelm Hoegner am 9.12.1954 mit SPD, BP, BHE und FDP die Viererkoalition. Sie besteht bis 1957 (Kabinett Hoegner II).
13. Dez. Der bisherige Ministerpräsident Hans Ehard wird zum Landtagspräsidenten (1954-1960), Hanns Seidel zum Sprecher der Fraktion gewählt. Prälat Georg Meixner bleibt Vorsitzender der Fraktion.
18. Dez. Heinz Lechmann wird mit der Führung der Geschäfte des Generalsekretärs beauftragt (1954-1955).

1955

Im Saarland bildet sich unabhängig und ohne Billigung der bayerischen CSU eine Vereinigung mit dem Namen CSU-Saar (CSU-S), die jedoch eine unbedeutende Splitterpartei bleibt. Sie fusioniert 1947 zunächst mit der saarländischen CVP, 1959 schließlich mit der CDU des Saarlands.

- Jan. Friedrich Zimmermann wird zum Hauptgeschäftsführer berufen (1955-1963, seit 1956 als Generalsekretär). Daneben fungiert von März bis November Alois Engelhard als Landesgeschäftsführer.
- 22. Jan. Hanns Seidel wird zum neuen Landesvorsitzenden gewählt (1955-1961).
- 5. Mai Das Besatzungsstatut wird aufgehoben, am 1.9.1955 kommen Stadt und Landkreis Lindau wieder zu Bayern.
- 6. Mai Die Bundesrepublik Deutschland tritt der Westeuropäischen Union und der NATO bei und wird damit in das westliche Verteidigungsbündnis integriert.
- 20. Mai Die CSU wird im Vereinsregister unter der Nummer VR 5586 eingetragen.
- 21. Okt. Franz Josef Strauß wird zum Bundesminister für Atomfragen (1955-1956) berufen.
- 22/23. Okt. Jubiläumsparteitag: 10 Jahre CSU.

1956

- 18. März Die CSU erreicht bei den Kommunalwahlen 35%.
- 22. April Beim Volksbegehren über die Rückkehr der Pfalz nach Bayern sprechen sich nur 7,5% der Pfälzer, statt der benötigten 10%, für eine Rückkehr aus.
- 21. Juli Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in der Bundesrepublik Deutschland.
- 16. Okt. Franz Josef Strauß wird zum Bundesminister für Verteidigung (1956-1962) berufen, sein bis dahin ausgeübtes Ressort für Atomfragen übernimmt zusätzlich der Postminister Siegfried Balke.
- 12. Dez. Der Bayerische Landtag beschließt, die Amtszeit der Bürgermeister, Gemeinde- und Kreisräte von vier auf sechs Jahre zu verlängern.
- 21. Dez. Friedrich Zimmermann wird als hauptamtlicher Generalsekretär (1955-1963) angestellt. Von Januar 1955 bis Dezember 1956 amtiert er als Hauptgeschäftsführer.

1957

- 1. Juni Die Landesversammlung der CSU beschließt ein neues Grundsatzprogramm.

15. Sep. Nach der Bundestagswahl schickt die CSU 53 Abgeordnete (19,1% von 278) in den Bundestag, was einem Stimmenanteil von 57,2% in Bayern (im Bundesdurchschnitt 10,5%) entspricht. Die CDU/CSU erreicht mit 50,2% die absolute Mehrheit. Dem dritten Kabinett Adenauer gehören vier CSU-Minister an: Fritz Schäffer (Justiz), Franz Josef Strauß (Verteidigung), Richard Stücklen (Post- und Fernmeldewesen) und Siegfried Balke (Atomkernenergie und Wasserwirtschaft).
Die CSU-Landesgruppe wählt Hermann Höcherl zum Vorsitzenden (1957-1961).
16. Okt. Nach dem Bruch der Viererkoalition in Bayern wird Hanns Seidel zum neuen Ministerpräsidenten gewählt (Kabinett Seidel I). Der Koalition gehören CSU, GB/BHE (Gesamtdeutscher Block/Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten) und FDP an, SPD und BP bilden die Opposition. Georg Meixner bleibt CSU-Fraktionsvorsitzender; wegen dessen angeschlagener Gesundheit wird Franz Lippert zum geschäftsführenden Fraktionschef gewählt.
31. Okt. In Garching bei München geht der erste Atomreaktor der Bundesrepublik in Betrieb. Der Forschungs- und Lehrreaktor war am 9.9.1957 eingeweiht worden.

1958

1. Jan. Der EWG-Vertrag und der Vertrag über die Bildung der Europäischen Atomgemeinschaft treten in Kraft.
1. Feb. Alois Klughammer wird Landesgeschäftsführer (1958-1967).
2. Juni Ein Kompromiss über die Errichtung Pädagogischer Hochschulen mit konfessionellem Charakter beendet den jahrelangen Streit um die Reform der Lehrerbildung.
23. Nov. Die CSU wird mit 45,6% bei der Landtagswahl wieder stärkste Kraft (101 Abgeordnete). Hanns Seidel wird erneut Ministerpräsident (Kabinett Seidel II), seiner Regierung gehören neben der CSU wieder GB/BHE und FDP an. Zum CSU-Fraktionsvorsitzenden wählt man Franz Heubl (1958-1962).

1960

26. Jan. Zum Nachfolger Hanns Seidels, der aus Gesundheitsgründen am 22.1.1960 als Ministerpräsident zurücktritt, wird wiederum Hans Ehard (Kabinett Ehard IV), seit 1954 Landtagspräsident, gewählt. Neuer Landtagspräsident wird Rudolf Hanauer (1960-1978).
27. März Bei den Kommunalwahlen erhält die CSU 37,3%.
- Die CSU verlegt ihre Parteizentrale von der Hildegardstraße 8 in die Lazarettstraße 33. Dort bleibt der Sitz der Landesleitung bis zu ihrem Umzug 1979 in die Nymphenburger Straße 64.

1961

16. Feb. Hanns Seidel tritt als Landesvorsitzender der CSU zurück.
18. März Franz Josef Strauß wird mit 94,8% der Delegiertenstimmen zum Vorsitzenden gewählt. Er hat dieses Amt bis zu seinem Tod am 3.10.1988 inne.
- 8./9. Juli Zum ersten Mal findet der Parteitag der CSU in der Bayernhalle (Theresienwiese) statt, zum letzten Mal 1997, dann in der neuen Messe Riem.
5. Aug. Hanns Seidel stirbt in einem Münchner Krankenhaus (geb. 12.10.1901 in Schweinheim bei Aschaffenburg).
17. Sep. Nach der Bundestagswahl kann die CSU mit einem Stimmenanteil von 54,9% (im Bund 9,6%) 50 Abgeordnete in den Deutschen Bundestag entsenden. Das entspricht 19,6% der 251 CDU/CSU Abgeordneten. Hermann Höcherl übernimmt das Bundesinnenministerium, Siegfried Balke, Franz Josef Strauß und Richard Stücklen behalten ihre Ressorts. Werner Dollinger übernimmt den Vorsitz der CSU-Landesgruppe (1961-1962).

1962

10. Juli Der Landtag beschließt die Gründung einer vierten Landesuniversität in Regensburg (1967 eröffnet), der ersten von insgesamt fünf Neugründungen (Augsburg 1969, Bayreuth 1971, Passau 1972, Bamberg 1972) in den folgenden Jahren.
25. Nov. Bei der Landtagswahl gewinnt die CSU 47,5% der Stimmen und damit zum ersten Mal die absolute Mehrheit der Sitze (108 von 204).
30. Nov. Nach massiven Vorwürfen und Anschuldigungen im Zusammenhang mit der "Spiegel-Affäre" tritt Franz Josef Strauß als Bundesverteidigungsminister zurück, führt die Geschäfte aber noch bis zum 9.1.1963 weiter.
11. Dez. Ministerpräsident in Bayern wird Alfons Goppel (1962-1978), der seine erste Regierung bildet (Kabinett Goppel I). Seinem Kabinett gehört auch ein Politiker

der Bayernpartei an. Zum CSU-Fraktionsvorsitzenden wird Ludwig Huber (1962-1972) gewählt.

14. Dez. Konrad Adenauer bildet ein neues Kabinett, Werner Dollinger wird Bundesschatzminister, Alois Niederalt Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrats und der Länder, Richard Stücklen und Hermann Höcherl behalten ihre Ressorts.

1963

21. Jan. Franz Josef Strauß wird zum Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe im Bundestag (1963-1966) gewählt.
1. Okt. Anton Jaumann wird Generalsekretär (1963-1967).
16. Okt. Nach Adenauers Rücktritt wird Ludwig Erhard Bundeskanzler (1963-1966). Er bildet eine Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP.
21. Nov. Das in der Nacht vom 2./3. Okt. 1943 zerstörte Münchner Nationaltheater wird von Ministerpräsident Alfons Goppel wiedereröffnet.
25. Nov. In Ingolstadt nimmt die erste Raffinerie ihren Betrieb auf. Seit 1960 hatte der Bayerische Wirtschaftsminister Otto Schedl die anfangs als "groteske Fehlinvestition" und "bayerischen Schwabenstreich" belächelten Pläne verfolgt, Ölpipelines von den Mittelmeerhäfen Marseille, Genua und Triest nach Bayern zu legen, um die hohen Energiekosten zu senken. Es werden bedeutende Raffinerien in Ingolstadt und Burghausen aufgebaut.

1964

24. Juni Nach dem Vorbild des Wirtschaftsbeirats der Union wird ein Kulturbeirat der Union gegründet, Wilhelm Arnold zum Vorsitzenden und Hans Pflaumer zum Generalsekretär gewählt.
7. Okt. Ludwig Huber übernimmt zusätzlich zu seinem Amt als CSU-Fraktionsvorsitzender das Ressort des zurückgetretenen Kultusministers Theodor Maunz.

1965

9. April Der Wehrpolitische Arbeitskreis wird gegründet (WPA), zum Gründungsvorsitzenden Erwin Lauerbach bestimmt.
19. Sep. Bei der Bundestagswahl erreicht die CSU 55,6% (im Bundesdurchschnitt 9,6%), 49 (19,5% von 251) Abgeordnete bilden die Landesgruppe. Der neuen Bundesregierung unter Bundeskanzler Ludwig Erhard gehören die Minister Richard Jaeger (Justiz), Hermann Höcherl (Ernährung, Landwirtschaft und Forsten), Richard Stücklen (Post- und Fernmeldewesen), Alois Niederalt

(Bundesrat) und Werner Dollinger (Schatz bzw. Wirtschaftliche Zusammenarbeit) an.

9. Dez. Maria Probst wird zur Vizepräsidentin des Bundestages gewählt (1965-1967).

1966

13. März Bei den Kommunalwahlen erreicht die CSU 40%.

16. Sep. Der Duisburger Vertrag schreibt den Ausbau und die Finanzierung der Großschifffahrtsstraße Rhein-Main-Donau-Kanal durch den Freistaat Bayern und die Bundesrepublik Deutschland fest. Der Kanal wird 1992 eröffnet.

7. Nov. Die Hanns-Seidel-Stiftung wird gegründet und nimmt 1967 ihre Arbeit auf. Der erste Vorsitzende ist Fritz Pirkl, der dieses Amt bis zu seinem Tod am 19.8.1993 bekleidet.

20. Nov. Bei der Landtagswahl gewinnt die CSU 48,1% oder 110 Sitze.

30. Nov. Nach dem Rücktritt Ludwig Erhards als Bundeskanzler, bildet der neue Kanzler Kurt Georg Kiesinger (1966-1969) eine große Koalition. Franz Josef Strauß wird Finanzminister (1966-1969), die weiteren CSU-Minister sind Hermann Höcherl (Ernährung, Landwirtschaft und Forsten) und Werner Dollinger (Post- und Fernmeldewesen). Richard Stücklen wird Landesgruppenvorsitzender (1966-1976).

5. Dez. Alfons Goppel bildet sein zweites Kabinett. Erstmals gehören alle Regierungsmitglieder der CSU an.

1967

29. März In Berchtesgaden stirbt Fritz Schäffer (geb. 12.5.1888).

1. April Max Streibl löst Anton Jaumann als Generalsekretär (1967-1971) ab.

11. April Eintragung der Hanns-Seidel-Stiftung in das Vereinsregister beim Amtsgericht München.

Mai Nach dem Tod von Maria Probst übernimmt Richard Jaeger wieder das Amt des Bundestagsvizepräsidenten (1967-1976), das er schon von 1953-1965 ausübte.

1968

10. Jan. Hippolyt Freiherr Poschinger von Frauenau wird zum Präsidenten des Bayerischen Senats gewählt (1968-1981).

Juni Die Frauenarbeitsgemeinschaft (FAG) ändert ihre Bezeichnung in Frauen-Union (FU).

7. Juli Nach jahrelangem, auch innerparteilichem Streit um die Konfessionsschule finden 1968 CSU und SPD zu einem Kompromiss, der die bayerische Volksschule künftig als christliche Gemeinschaftsschule, nicht mehr als Bekenntnisschule, etabliert. Der Kompromissvorschlag wird bei einem Volksentscheid, dem ersten Volksentscheid zur Änderung der Bayerischen Verfassung, mit 78,4% der Stimmen angenommen.
- 12./13. Juli Die CSU ändert nach der Landesversammlung vom 12./13. Juli die Bezeichnung ihrer Gremien: Landesversammlung, Landesvorsitzender, Geschäftsführender Landesvorstand und Landesausschuss werden Parteitag, Parteivorsitzender, Präsidium und Parteiausschuss.
14. Dez. Der Parteitag beschließt ein neues Grundsatzprogramm und schafft den Posten eines dritten stellvertretenden Landesvorsitzenden. Als erste Frau wird Mathilde Berghofer-Weichner stellvertretende Parteivorsitzende.

1969

15. April Einführung des neunten Schuljahres und Umwandlung der Volksschuloberstufe in die Hauptschule.
- 13./14. Juni Der CSU-Parteitag ernennt Josef Müller und Hans Ehard zu Ehrenvorsitzenden.
28. Sep. Nach dieser Bundestagswahl regiert zum ersten Mal eine Koalition aus SPD und FDP, Willy Brandt wird Bundeskanzler (1969-1974). Mit 54,4% (im Bundesdurchschnitt 9,5%) der Stimmen stellt die CSU 49 Abgeordnete (19,6% von 250 Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion).

1970

16. April Auf seiner konstituierenden Sitzung wählen die 18 Mitglieder des Kulturpolitischen Arbeitskreises der CSU Otto Meyer, MdL zum Vorsitzenden des neugegründeten Arbeitskreises.
24. Mai Beim zweiten Volksentscheid zur Änderung der Bayerischen Verfassung spricht sich eine knappe Mehrheit für die Herabsetzung des aktiven Wahlalters auf 18 Jahre, des passiven auf 21 Jahre aus.
22. Nov. Bei der Landtagswahl steigert die CSU ihren Stimmenanteil von 48,1% im Jahr 1966 auf 56,4% und besetzt damit 124 Sitze. Ministerpräsident wird wieder Alfons Goppel (Kabinett Goppel III). Neu geschaffen wird das Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen, das erste seiner Art in Deutschland. Zum Staatsminister wird der bisherige Generalsekretär Max Streibl berufen.

1971

14. Mai Gerold Tandler übernimmt das Amt des Generalsekretärs (1971-1978). Er leitet in Anlehnung an die Gebietsreform große organisatorische Umstrukturierungen in der Parteiorganisation ein. Der Parteivorsitzende Franz Josef Strauß stellt dem neuen Generalsekretär mit Florian Harlander (1971-1982) einen Landesgeschäftsführer zur Seite. Seither bestehen beide Ämter offiziell nebeneinander.
2. Juli Der Landesvorsitzende der bayerischen SPD, 1947-1963, Waldemar von Knoeringen, stirbt 64-jährig.
- 16./17. Okt. Jubiläumsparteitag der CSU in München: 25 Jahre CSU.
15. Dez. Die Landkreisreform, vom Innenminister Bruno Merk als Verordnung eingebracht, wird vom Landtag gebilligt. Die Neugliederung des Freistaats reduziert die Zahl der Landkreise von 143 auf 71, die der kreisfreien Städte von 48 auf 25. Die bis 1978 abgeschlossene Gemeindereform verringert die Zahl der bayerischen Gemeinden von über 7.000 auf 2.056 (Stand 1994).

1972

- 25./26. Jan. Nach einer 16stündigen Debatte über die Ostverträge (mit der Sowjetunion und Polen) im Landtag, lässt Ministerpräsident Alfons Goppel die Frage offen, ob das Bundesverfassungsgericht angerufen wird.
15. März Alfred Seidl (1972-1974) löst Ludwig Huber als CSU-Fraktionsvorsitzenden ab.
17. Mai Die Ostverträge werden vom Bundestag ratifiziert.
11. Juni Bei den Kommunalwahlen stimmen 45,6% für die CSU.

- 1. Juli Die Landkreisreform und die Neuabgrenzung der Regierungsbezirke tritt in Kraft. Die CSU-Kreisverbände werden den neuen Verwaltungsgrenzen angepasst.
- 19. Nov. Bei der vorgezogenen Bundestagswahl erreicht die CSU 55,1% der Stimmen in Bayern (9,7% im Bundesdurchschnitt). Sie stellt 48 Abgeordnete (20,5% der 234 Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion).
- 21. Dez. Der Grundlagenvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR wird unterzeichnet.

1973

- 24. Jan. Nach ersten Gründungen 1962 und 1963 wird der Gesundheitspolitische Arbeitskreis (GPA) neu gegründet.
- 22. Mai Auf Initiative von Franz Josef Strauß reicht die Bayerische Staatsregierung Klage beim Bundesverfassungsgericht gegen den Grundlagenvertrag der Bundesrepublik Deutschland mit der DDR ein.
- 1. Juli Es finden zwei Volksabstimmungen statt. Beim Volksentscheid über die neu in die Verfassung aufgenommene 5%-Klausel bei Landtagswahlen, statt der bisher geltenden 10%-Klausel je Regierungsbezirk, stimmen 84,4% zu. Der Volksentscheid über die verfassungsgemäße Absicherung der öffentlich-rechtlichen Struktur des Bayerischen Rundfunks ergibt eine Zustimmung von 87,1%.
- 31. Juli Das Bundesverfassungsgericht verkündet sein Urteil zum Grundlagenvertrag mit der DDR und stellt darin klar, in welcher Auslegung dieser Vertrag mit dem Grundgesetz (GG) vereinbar ist. Es bestätigt die Auffassung der CSU und der Bayerischen Staatsregierung, wonach Deutschland als Ganzes fortbesteht, die Bürger der DDR deutsche Staatsangehörige im Sinne des GG sind, und die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands Aufgabe aller Verfassungsorgane bleibt.
- 27.-30. Sep. Die CSU beschließt auf ihrem Parteitag, eine Grundsatzkommission unter dem Vorsitz Theo Waigels (1973-1988) einzusetzen.

1974

- Febr. Nach 21 Jahren findet der "Politische Aschermittwoch" - bisher in Vilshofen - zum ersten Mal in der Nibelungenhalle in Passau statt.
- 20. Feb. Der Bundestag ratifiziert den am 1.7.1968 in London, Washington und Moskau unterzeichneten Atomwaffensperrvertrag. Damit verzichtet die Bundesrepublik nach zehnjähriger Diskussion auf die Herstellung und den Erwerb von Atomwaffen in nationaler Verfügungsgewalt.

16. Mai Helmut Schmidt (1974-1982) wird zum Nachfolger des zurückgetretenen Bundeskanzlers Willy Brandt gewählt. Er bildet eine Regierungskoalition aus SPD und FDP.
1. Aug. In München stirbt Alois Hundhammer (geb. 25.2.1900 in Moos bei Forstinning, Lkr. Ebersberg).
7. Sep. In Augsburg findet die erste Landesversammlung der Schüler-Union statt. Ihr erster Bezirksverband war 1972 in der Oberpfalz gegründet worden. Sie ist eine Arbeitsgemeinschaft der Jungen Union mit eigenständiger Mitgliedschaft und Organisation.
27. Okt. Die CSU erzielt mit 62,1% Stimmen und 132 Sitzen bei der Wahl zum 8. Bayerischen Landtag ihr bisher bestes Ergebnis.
12. Nov. Landtagspräsident Rudolf Hanauer und Ministerpräsident Alfons Goppel werden in ihren Ämtern bestätigt (Kabinetts Goppel IV). Erstmals wird mit der Berufung Mathilde Berghofer-Weichners zur Staatssekretärin im Kultusministerium in Bayern eine Frau Mitglied des Kabinetts. August Lang (1974-1982) löst Alfred Seidl als Fraktionsvorsitzenden ab.

1975

16. Jan. Der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß wird als erster deutscher Politiker von Mao Tse-Tung empfangen.
25. Feb. Aufgrund einer Klage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion erklärt das Bundesverfassungsgericht die Fristenlösung bei der Abtreibung für verfassungswidrig.

1976

Nach dem ersten CDU/CSU-Filmgespräch am 17. Januar 1976 wird die CSU-Filmkommission unter der Leitung von Herbert Huber gegründet.

- 12./13. März Der Parteitag verabschiedet das von der Grundsatzkommission unter Vorsitz von Theo Waigel erarbeitete neue Grundsatzprogramm.
3. Okt. Mit 60,0% (im Bundesdurchschnitt 10,6%) erreicht die CSU ihr bisher bestes Ergebnis bei Bundestagswahlen. 53 Abgeordnete (20,9% von 254 Unionsparlamentariern) bilden die Landesgruppe, zu deren Vorsitzendem Friedrich Zimmermann gewählt wird (1976-1982). Richard Stücklen wird Vizepräsident des Deutschen Bundestags (1976-1979, 1979-1983 Präsident, 1983-1990).
19. Nov. Die Landesgruppe beschließt in Wildbad Kreuth, die Fraktionsgemeinschaft mit der CDU zu lösen.

12. Dez. Nach harten Verhandlungen, aus denen die CSU-Landesgruppe gestärkt hervorgeht, schließen CDU und CSU wieder einen Vertrag über die Bildung einer Fraktionsgemeinschaft.

1977

5. Mai In Bonn stirbt der am 4.2.1897 in Fürth geborene frühere Wirtschaftsminister und Bundeskanzler Ludwig Erhard (CDU).

1978

2. März Unter der Leitung von Otto Wiesheu trifft sich zum ersten Mal der Gesprächskreis (später Kontaktkreis) Politik, Wissenschaft und Kultur (PWK).
5. März Bei den Kommunalwahlen erreicht die CSU 53%.
16. Sep. Übernahme der Patenschaft für die Landsmannschaft Ostpreußen durch den Freistaat Bayern.
15. Okt. Bei den Landtagswahlen gewinnt die CSU 59,1% der Stimmen und damit 129 Sitze.
30. Okt. Der neue Landtag konstituiert sich und wählt Franz Heubl zum neuen Landtagspräsidenten (1978-1990). Er löst den seit 1960 amtierenden Rudolf Hanauer ab.
6. Nov. Franz Josef Strauß wird Ministerpräsident (1978-1988). Er folgt Alfons Goppel nach (Kabinett Strauß I).
20. Nov. Edmund Stoiber wird neuer Generalsekretär (1978-1983).

1979

- Mai Die CSU-Landesleitung zieht von der Lazarettstraße in die Nymphenburger Straße 64 um.
31. Mai Der Deutsche Bundestag wählt Richard Stücklen zu seinem Präsidenten (1979-1983).
10. Juni Bei der ersten Direktwahl zum Europäischen Parlament erreicht die CSU mit ihrem Spitzenkandidaten Alt-Ministerpräsident Alfons Goppel 62,5%.
2. Juli Franz Josef Strauß wird nach heftigen Auseinandersetzungen in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum Kanzlerkandidaten nominiert. Angesichts eines andauernden Stimmungstiefs für die Unionsparteien und eines Popularitätshochs für den amtierenden Bundeskanzler Helmut Schmidt soll nach Meinung einer Mehrheit ein profiliertes, kämpferisches Kandidat antreten.

12. Sep. Josef Müller stirbt. Der am 27. März 1898 in Steinwiesen in Oberfranken geborene Rechtsanwalt gehörte zu den Parteigründern der CSU und war ihr erster Vorsitzender.
- 28./29. Sep. Der CSU-Parteitag beschließt durch Satzungsänderung, das Amt eines weiteren stellvertretenden Parteivorsitzenden zu schaffen. Gewählt wird Friedrich Zimmermann.

1980

5. März Der SPD-Politiker und ehemalige bayerische Ministerpräsident Wilhelm Hoegner stirbt 92-jährig in München.
5. Okt. Bei der Bundestagswahl gelingt es den Unionsparteien nicht, die SPD/FDP-Regierung abzulösen. Sie schneiden mit 44,5% zwar am besten (von allen Parteien) ab, verlieren aber gegenüber 1976 4,1%.
Durch deutliche Stimmengewinne der FDP wird die Koalitionsregierung aus SPD und FDP gestärkt.
In Bayern erreicht die CSU 57,6%, im Bundesdurchschnitt 10,3%. Sie stellt 52 Abgeordnete (21,9% von 237 Unionsparlamentariern).
18. Okt. Hans Ehard, geboren am 10.11.1887 in Bamberg, stirbt. Er war der zweite Parteivorsitzende der CSU. Mehrmals wurde er zum Ministerpräsidenten und zum Landtagspräsidenten gewählt.

1982

14. Jan. Hans Weiß wird zum Präsidenten des Bayerischen Senats gewählt (1982-1993).
1. Okt. Nach einem von den Unionsparteien beantragten konstruktiven Misstrauensvotum wählt der Deutsche Bundestag den CDU-Vorsitzenden Helmut Kohl zum Bundeskanzler. Er bildet eine Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP. Die CSU-Minister sind Friedrich Zimmermann (Innen), Werner Dollinger (Verkehr), Oscar Schneider (Bau) und Jürgen Warnke (Wirtschaftliche Zusammenarbeit).
Theo Waigel wird Vorsitzender der CSU-Landesgruppe (1982-1989).
10. Okt. Bei der Landtagswahl in Bayern erreicht die CSU 58,3%, 133 von 204 Sitzen und damit die höchste Mandatszahl in der Nachkriegsgeschichte (Kabinett Strauß II). Die FDP und die Grünen scheitern an der 5%-Hürde.
19. Okt. Gerold Tandler wird zum CSU-Fraktionsvorsitzenden (1982-1988) gewählt.
1. Dez. Manfred Baumgärtel wird Landesgeschäftsführer der CSU (1982-1991).

1983

6. März Bei den vorgezogenen Wahlen zum 10. Deutschen Bundestag erreicht die CSU 59,5% (im Bundesdurchschnitt 10,6%) der Stimmen. Die Landesgruppe umfasst 53 Abgeordnete, das sind 20,8% der 255 Unionsparlamentarier. Der Wahlerfolg der CSU bringt ihr einen fünften Ministersessel in Bonn ein, Ignaz Kiechle wird Landwirtschaftsminister. Richard Stücklen wird zum Vizepräsidenten des Bundestags (1983-1990) gewählt.
1. April Otto Wiesheu übernimmt das Amt des Generalsekretärs, das er im November des Jahres, nach einem folgenschweren Verkehrsunfall, niederlegt.

29. Juni Auf Vermittlung von Franz Josef Strauß gewähren deutsche Banken der DDR einen Kredit in Höhe von 1 Milliarde DM. Die Gewährung dieses Kredits trägt zur Entspannung im deutsch-deutschen Verhältnis bei und führt zu menschlichen Erleichterungen.
- Nov. Gerold Tandler wird kommissarischer Generalsekretär (1983-1985).
27. Nov. Der aus der CSU ausgetretene Bundestagsabgeordnete Franz Handlos gründet in München die Partei "Die Republikaner".

1984

18. März Die CSU-Kandidaten erreichen bei den Kommunalwahlen 49,1%.
17. Juni Bei den Europawahlen kommt die CSU mit ihrem Spitzenkandidaten Fritz Pirkel auf 57,2%.
Bei einem gleichzeitig stattfindenden Volksentscheid stimmen 94% der Bürger der Aufnahme des Umweltschutzes als Staatsziel in die Bayerische Verfassung zu. Damit verankert Bayern als erstes Bundesland den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen sowie den Schutz der kulturellen Überlieferung als Staatsziel, die Erhaltung von Tier- und Pflanzenarten sowie das Energiesparen als öffentliche Aufgaben.
- Juli Wolfgang Held wird stellvertretender Generalsekretär (1984-1987).

1985

28. Jan. Der bisherige kommissarische Generalsekretär Gerold Tandler wird Generalsekretär (1985-1988).
4. Feb. Die Deutsche Gesellschaft zur Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen entscheidet sich für den oberpfälzischen Standort Wackersdorf statt des niedersächsischen Dragahn. Die WAA Wackersdorf (Baubeginn am 11.12.1985) wird über mehrere Jahre hinweg eines der umstrittensten deutschen Atomprojekte. Im April 1989 wird es von der Energiewirtschaft schließlich aufgegeben.
- 22./23. Nov. Jubiläumsparteitag der CSU in München: 40 Jahre CSU.

1986

12. Okt. Die CSU erreicht bei den Landtagswahlen 55,8%, 128 der 204 Sitze (Kabinett Strauß III). Als erste Frau wird Mathilde Berghofer-Weichner als Staatsministerin für Justiz ins Kabinett berufen. Mit 7,5% (15 Sitzen) ziehen erstmals "Die Grünen" in den Landtag ein.

1987

25. Jan. Bei der Bundestagswahl erhält die CSU 55,1% der Stimmen (im Bundesdurchschnitt 9,8%) und stellt 49 Abgeordnete (20,9% von 234 Unionsparlamentariern).
20. Juli Erwin Huber wird stellvertretender Generalsekretär (1987-1988).
28. Dez. Franz Josef Strauß reist mit einer CSU-Delegation zu Gesprächen nach Moskau und trifft den Generalsekretär der KPdSU Michail Gorbatschow.

1988

14. Juni Alois Glück wird CSU-Fraktionsvorsitzender (seit 1988).
12. Sep. Der bisher stellvertretende Generalsekretär Erwin Huber wird zum Generalsekretär berufen (1988-1994).
3. Okt. Der Bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß (geb. am 6.9.1915 in München), seit 27 Jahren amtierender Vorsitzender der CSU, stirbt 73-jährig in einem Regensburger Krankenhaus.
19. Okt. Max Streibl wird als neuer Ministerpräsident vereidigt. Mathilde Berghofer-Weichner wird als erste Frau stellvertretende Ministerpräsidentin (Kabinett Streibl I).
19. Nov. Theo Waigel wird von den Parteitagsdelegierten mit 98,3% zum neuen Vorsitzenden der CSU gewählt.
- Dez. Edmund Stoiber wird als Nachfolger von Theo Waigel Vorsitzender der Grundsatzkommission.

1989

21. April Theo Waigel wird Bundesfinanzminister (seit 1989). Sein Nachfolger als Vorsitzender der Landesgruppe in Bonn wird Wolfgang Bötsch (1989-1993).
18. Juni Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament erhält die CSU 45,4% der Stimmen in Bayern.
2. Okt. "Franz Josef Strauß-Haus" - Die CSU-Landesleitung in der Nymphenburger Straße in München wird nach ihrem langjährigen Vorsitzenden Franz Josef Strauß benannt.
9. Nov. Mit dem Fall der Mauer und der Öffnung der DDR-Grenze beginnt der Prozess der Wiedervereinigung Deutschlands.
28. Nov. Bundeskanzler Helmut Kohl stellt im Deutschen Bundestag sein "Zehn-Punkte-Programm" zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas vor.

1990

20. Jan. In Leipzig schließen sich mit Unterstützung der CSU rund ein Dutzend liberal-konservativer und christlicher Parteien und Gruppierungen zur DSU zusammen. Zum ersten Vorsitzenden wird Hans-Wilhelm Ebeling, Pfarrer der Leipziger Thomaskirche, gewählt. Die neugegründete Partei beantragt am 17.6.1990 in der Volkskammer den sofortigen Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland. Als sie sich im April 1993 auf das gesamte Bundesgebiet ausdehnt, kündigt die CSU die Zusammenarbeit auf.
30. Jan. Der sowjetische Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow stimmt der Einigung der beiden deutschen Staaten prinzipiell zu.
18. März In der DDR finden die ersten freien Wahlen statt. Die "Allianz für Deutschland" aus CDU, DSU und DA erreicht 48,0%.
Die CSU erreicht bei den Kommunalwahlen in Bayern 41,9%.
18. Mai In Bonn unterzeichnet Finanzminister Theo Waigel für die Bundesrepublik Deutschland den Staatsvertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion mit der DDR, der den Weg zur Einheit ebnet.
1. Juli Die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion tritt in Kraft.
23. Aug. Die DDR-Volkskammer beschließt den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland zum 3.10.1990.
31. Aug. Der deutsch-deutsche Einigungsvertrag wird in Ost-Berlin unterschrieben.
12. Sep. In Moskau wird das "Zwei-plus-Vier-Abkommen" unterzeichnet, Deutschland erhält seine volle Souveränität.
3. Okt. Aufgrund des Einigungsvertrages vom 31.8.1990 treten die fünf ostdeutschen Bundesländer dem staatlichen Geltungsbereich des Grundgesetzes bei, die staatliche Einheit wird vollendet.
9. Okt. Bundesfinanzminister Theo Waigel unterzeichnet für die Bundesrepublik Deutschland den von ihm ausgehandelten Überleitungsvertrag mit der Sowjetunion, der den Abzug der sowjetischen Truppen aus Deutschland regelt.
14. Okt. Die CSU erreicht bei den Landtagswahlen 54,9%, 127 der 204 Sitze (Kabinett Streibl II). Wilhelm Vorndran wird zum Präsidenten des Bayerischen Landtags (1990-1994) gewählt.
2. Dez. Bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl erreicht die CSU 51,9% der Stimmen (im Bundesdurchschnitt 7,1%). Sie besetzt fünf Ministerien: Theo Waigel (Finanzen), Ignaz Kiechle (Landwirtschaft), Wolfgang Bötsch (Post), Gerda Hasselfeldt (Raumordnung, Bauwesen und Städtebau) und Carl-Dieter Spranger (Wirtschaftliche Zusammenarbeit). Hans Klein wird Vizepräsident des Deutschen Bundestages (1990-1996).

20./21. Dez. In München findet die erste gemeinsame Ministerpräsidentenkonferenz aller 16 Bundesländer seit 1947 statt. Die Ministerpräsidenten legen mit der "Münchner Erklärung" ein Bekenntnis zum Föderalismus ab.

1991

17. Feb. Beim Volksentscheid über das Bayerische Abfallwirtschaftsgesetz wird das Müllgesetz der Staatsregierung mit 51% der Stimmen angenommen.
22. April Erich Schmid wird zum Landesgeschäftsführer (1991-1999) berufen.
3. Mai Der Fachausschuss Außenpolitik, der als Beratungsgremium den Meinungs- und Gedankenaustausch zwischen CSU und Vertretern der Wissenschaft pflegt, tritt unter der Leitung des Parteivorsitzenden Theo Waigel erstmals zusammen.
20. Juni Der Bundestag entscheidet sich für Berlin als künftige Hauptstadt.
24. Dez. Der langjährige Bayerische Ministerpräsident und Abgeordnete des Europäischen Parlaments Alfons Goppel (geb. am 1.10.1905 in Regensburg) stirbt in Johannesberg bei Aschaffenburg.

1992

7. Feb. Bundesfinanzminister Theo Waigel und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher unterzeichnen den Vertrag von Maastricht.
17. Mai Im Erdinger Moos wird der Großflughafen München II eröffnet. Man benennt ihn nach seinem größten Befürworter "Franz-Josef-Strauß-Flughafen".
25. Sep. Der auf einer Strecke von 171 km zwischen Bamberg und Kelheim fertiggestellte Rhein-Main-Donau-Kanal wird nach einer Gesamtbauzeit von 32 Jahren eröffnet.
2. Dez. Der Deutsche Bundestag billigt den Vertrag von Maastricht, der am 1.11.1993 in Kraft tritt.

1993

- Jan. Michael Glos wird Landesgruppenvorsitzender (seit 1993).
- 27./28. Mai Edmund Stoiber wird zum Nachfolger des wegen der sogenannten "Amigo-Affäre" vom Amt des Ministerpräsidenten zurückgetretenen Max Streibl gewählt (Kabinett Stoiber I).
- 8./9. Okt. Auf dem Parteitag wird das neue Grundsatzprogramm der CSU beschlossen, das von der Grundsatzkommission unter dem Vorsitz Edmund Stoibers erarbeitet wurde. Die Wahlen zum Parteivorstand bestätigen Theo Waigel als CSU-Vorsitzenden.

1994

- 11. Jan. Der Senat wählt Walter Schmitt Glaeser zu seinem neuen Präsidenten (1994-1996).
- 11. März Die Mitgliederversammlung der Hanns-Seidel-Stiftung wählt Staatssekretär a.D. Alfred Bayer zum Vorsitzenden.
- 12. Juni Bei der Europawahl erreicht die CSU mit ihrem Spitzenkandidaten Ingo Friedrich 48,9% (Bundesdurchschnitt 6,8%).
- 31. Aug. Der letzte russische Soldat verlässt deutschen Boden.
- 25. Sep. Bei der Landtagswahl erreicht die CSU 52,8%, 120 der 204 Sitze (Kabinett Stoiber II). Zum Landtagspräsidenten wird Johann Böhm gewählt (seit 1994).
- 16. Okt. Bei der Bundestagswahl erreicht die CSU 51,2% (im Bundesdurchschnitt 7,3%). Sie stellt 50 von 294 Unionsparlamentariern; die von der CSU gestellten Minister sind Theo Waigel (Finanzen), Horst Seehofer (Gesundheit), Wolfgang Bötsch (Post und Telekommunikation), Carl-Dieter Spranger (Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung).

1995

- 1. Jan. Bernd Protzner tritt sein Amt als Generalsekretär der CSU an (1995-1999).
- 8./9. Sep. CSU-Parteitag in München: Theo Waigel wird mit 95,1 % im Amt des Vorsitzenden bestätigt.
- 1. Okt. Der erfolgreiche Volksentscheid zur Einführung des Kommunalen Bürgerentscheids bringt erweiterte Mitbestimmungsrechte auf kommunaler Ebene.
- 16. Okt. Gründung der Senioren-Union: Als CSU-Seniorenbeauftragter leitet und koordiniert Florian Harlander den Aufbau der Senioren-Union.
- 21. Okt. Die CSU feiert den 50. Jahrestag ihrer Gründung.

1996

- 10. März Bei den Kommunalwahlen in Bayern erreicht die CSU 43,1 % der Stimmen (SPD 25,7 %, Freie Wähler 15,3 %, Die Grünen 6,9 %).
- 15. Juli Die Landtagsfraktion der CSU feiert ihr 50jähriges Bestehen.
- 11. Okt. Der Bundestag beschließt die Verkleinerung des Parlaments von regulär 656 Sitzen auf 598 Abgeordnete und die Neueinteilung der Bundeswahlkreise (künftig 299 statt bisher 328). Wirksam wird die Verkleinerung mit der Bundestagswahl

2002. Die Neueinteilung der Wahlkreise wird am 1.7.1998 gesetzlich geregelt, Bayern hat künftig nur noch 44 anstelle der bisher 45 Wahlkreise.

- 22. Nov. Die CSU startet mit einer eigenen Homepage ins Internetzeitalter. 1998 folgt die Inbetriebnahme eines "Intranets" zur verbesserten internen elektronischen Kommunikation.
- 28. Nov. Heribert Thallmair wird zum Senatspräsidenten gewählt (1996 - 1999).

1997

- 1. März Die Junge Union Bayern feiert in Regensburg ihr 50jähriges Bestehen.
- 11./12. April Joachim Herrmann wird zum stellvertretenden Generalsekretär der CSU berufen. Bis zur Bundestagswahl 1998 werden die Aufgaben des Generalsekretärs faktisch nach Bundespolitik (Bernd Protzner) und Landespolitik (J. Herrmann) geteilt.
- 26. April Die Arbeitnehmer-Union (CSA) feiert in Deggendorf ihr 50jähriges Bestehen.
- 27. Sep. 50 Jahre Frauen-Union werden in Regensburg begangen.
- 10. Nov. Der CSU-Parteivorstand bestellt den früheren Staatsminister für Arbeit und Soziales Gebhard Glück zum Sprecher der Senioren-Union der CSU.
- 22. Nov. Der CSU-Parteitag bestätigt Theo Waigel mit 85,3 % in seinem Amt.
- 31. Dez. Bundesminister Wolfgang Bötsch scheidet aus dem Kabinett aus, das Bundesministerium für Post und Telekommunikation wird aufgelöst.

1998

- 15. Jan. Anlässlich einer Kabinettsumbildung durch Bundeskanzler Helmut Kohl wird Eduard Oswald zum Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau berufen. Peter Ramsauer folgt ihm im Amt als Parlamentarischer Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe nach.
- 8. Feb. Bei drei gleichzeitig durchgeführten Volksentscheiden werden die Aufnahme neuer Grundrechte und Staatsziele in die Bayerische Verfassung (75 %) und die Reform von Landtag und Staatsregierung (73,9 %) angenommen. Die Zahl der Landtagsabgeordneten wird demnach ab der 15. Wahlperiode von 204 auf 180 Sitze verringert und die Legislaturperiode bereits ab der 14. Wahlperiode auf fünf Jahre verlängert. Mit 69,2 % der Stimmen votieren die Wähler zudem für die Abschaffung des Senats zum 1.1.2000.
- 13. Juli Der Wirtschaftsbeirat der Union feiert in München sein 50jähriges Bestehen.

- 13. Sep. Bei der Landtagswahl erringt die CSU 52,9 % der Stimmen, 123 von insgesamt 204 Sitzen (Kabinett Stoiber III). Johann Böhm wird als Landtagspräsident bestätigt.
- 27. Sep. Die CSU gewinnt bei der Bundestagswahl 47,7 % der Stimmen (im Bundesdurchschnitt 6,7 %). Sie stellt 47 der 245 Unionsparlamentarier. Die bisherige Koalition aus Unionsparteien und FDP verliert die Mehrheit, das Wahlergebnis führt zu einem Regierungswechsel in Bonn. SPD und Die Grünen bilden eine Koalition und wählen Gerhard Schröder (SPD) zum Bundeskanzler.
- 3. Okt. Festakt der CSU zum 10. Todestag von Franz Josef Strauß in München.

1999

- 16. Jan. Ein Sonderparteitag der CSU wählt Ministerpräsident Edmund Stoiber mit 93,4 % der Stimmen zum neuen Parteivorsitzenden und verabschiedet Theo Waigel (seit 1988) aus diesem Amt.
- 25. Jan. Der CSU-Vorstand bestellt den früheren bayerischen Umweltminister Thomas Goppel zum Generalsekretär der CSU.
- 19. April Einweihung des Reichstages: Der Deutsche Bundestag tagt mit einem Festakt erstmals im neugestalteten Reichstag in Berlin.
- 13. Juni Bei der Europawahl erringt die CSU mit ihrem Spitzenkandidaten Ingo Friedrich 64,0 % der Stimmen (Bundesdurchschnitt 9,4 %) und entsendet zehn Abgeordnete ins Europäische Parlament.
- 30. Aug. Die CSU-Landesgruppe feiert in Berlin ihr 50jähriges Bestehen.
- 25. Sep. Konstituierung der Grundsatzkommission der CSU unter der Leitung des Vorsitzenden der CSU-Landtagsfraktion Alois Glück.
- 8. Okt. Verankerung der Senioren-Union als Arbeitsgemeinschaft der CSU: Am 27.11. verabschiedet die Senioren-Union auf ihrer ersten Landesversammlung eine Geschäftsordnung und wählt den ersten Landesvorstand..
- 8./9. Okt. Die Delegierten des CSU-Parteitag bestätigten Edmund Stoiber als Parteivorsitzenden (90 %).

2000

- 1. Jan. Abschaffung des Bayerischen Senats.
- 10. Juni Der BAYERNKURIER feiert sein 50jähriges Bestehen.
- 30. Juni Erich Schmid scheidet aus seinem Amt als Landesgeschäftsführer der CSU (seit 1991). Die Stelle bleibt bis 2001 unbesetzt.
- 9. Nov. Die erste Nummer des neugestalteten BAYERNKURIER erscheint. Um die Zukunft des CSU-Organs zu sichern, beteiligt sich die Leadermedia Deutschland GmbH, eine Tochtergesellschaft der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, am Bayernkurier und übernimmt die verlegerische Zuständigkeit.

2001

- 30. Jan. Auf dem Höhepunkt der BSE-Krise in Bayern beschließt die Staatsregierung die Schaffung eines neuen Staatsministeriums für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz. Eduard Sinner wird zum neuen Staatsminister ernannt, dem neuzubildenden Ressort das gleichfalls neuzuschaffende Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit zugeordnet. Dieses nimmt am 11.1.2002 in Erlangen seine Arbeit auf.
- 26. April Wilfried Scharnagl, seit 1977 Chefredakteur, verlässt nach 37jähriger Tätigkeit den BAYERNKURIER.
- 26. April Der CSU-Landesvorstand beruft Michael Höhenberger zum neuen Landesgeschäftsführer.
- 13. Okt. Der Parteitag der CSU bestätigt Edmund Stoiber (96,6 %) als Parteivorsitzenden.

2002

- 11. Jan. Nach dem Verzicht der CDU-Vorsitzenden Angela Merkel auf die Kanzlerkandidatur nominiert der CDU-Vorstand auf seiner Klausurtagung in Magdeburg Edmund Stoiber einstimmig zum Kanzlerkandidaten der Union. Am 21.1. bestätigt der CSU-Vorstand die Nominierung ebenfalls mit einem einstimmigen Votum.
- 23. Jan. Der Journalist und Medienberater Michael Spreng wird zum Leiter des Wahlkampfteams der Union berufen.
- 8. Feb. Die Berliner Wahlkampfzentrale wird in "Team 40 plus" umbenannt. Ihr gehören neben Edmund Stoiber und Michael Spreng, die CDU-Vorsitzende Angela Merkel, der CSU-Landesgruppenvorsitzende Michael Glos, die beiden Generalsekretäre Thomas Goppel und Laurenz Meyer sowie die zwei stellvertretenden CSU-Vorsitzenden Jürgen Rüttgers und Christian Wulff an.

3. März Bei den Kommunalwahlen in Bayern erreicht die CSU landesweit 45,5 % der Stimmen (SPD 25,1 %, Freie Wähler 15,6 %, Die Grünen 5,7 %).
27. April Die Delegiertenversammlung der CSU stellt die Landesliste für die Bundestagswahl 2002 auf und wählt Edmund Stoiber mit 98,8 % auf den Spitzenplatz.
3. Mai Die CSU geht mit einem neuen Portal online.
8. Mai Der Evangelische Arbeitskreis von CDU/CSU (EAK) begeht auf seiner Bundestagung in Würzburg sein 50jähriges Jubiläum.
22. Sep. Die CSU gewinnt bei der Bundestagswahl 58,6 % der Stimmen (im Bundesdurchschnitt 9 %). Sie stellt 58 der 248 Unionsparlamentarier im nun auf 598 Sitze verkleinerten Bundestag.
Obwohl die CSU mit ihrem Spitzenkandidaten und Kanzlerkandidaten Edmund Stoiber in Bayern eines ihrer besten Wahlergebnisse erreicht hat, gelingt es den Unionsparteien nicht, die bisherige rotgrüne Regierungskoalition unter Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) abzulösen.

2003

5. März Der Politische Aschermittwoch findet zum letzten Mal in der Passauer Nibelungenhalle statt.
- Mai Die CSU gestaltet ihren Internetauftritt neu.
19. Juli Edmund Stoiber wird auf dem Parteitag der CSU mit 97 % der Stimmen als Parteivorsitzender bestätigt.
21. Sep. Bei der Landtagswahl erringt die CSU 60,7 % der Stimmen und 124 von insgesamt 180 Sitzen im nun verkleinerten Parlament (vorher 204 Sitze). Damit wurde erstmals bei einer Landtagswahl in Deutschland die Zwei-Drittel-Mehrheit erreicht (Kabinett Stoiber IV).
Zwei Volksentscheide zu Gesetzen über den Zusammentritt des Landtags, die Parlamentsinformation und die Verankerung eines strikten Konnexitätsprinzips sowie zur Weiterentwicklung der Wahlgrundsätze, der Grundrechte und der Bestimmungen über das Gemeinschaftsleben werden mit 88,3 % bzw. 85,1 % Ja-Stimmen angenommen.
6. Okt. Die CSU-Landtagsfraktion wählt Joachim Herrmann als Nachfolger von Alois Glück zu ihrem neuen Vorsitzenden.
7. Okt. Der Bayerische Landtag wählt Alois Glück zum neuen Präsidenten. Er löst Johann Böhm ab, der nicht mehr für den Landtag kandidiert hat.
15. Okt. Der Parteivorsitzende Edmund Stoiber stellt der Presse Markus Söder als designierten CSU-Generalsekretär vor. Am 17. November ernennt ihn der CSU-Parteivorstand zum Nachfolger von Thomas Goppel.

2004

1. Jan. Der CSU-Parteivorstand beruft Markus Zorzi zum neuen CSU-Landesgeschäftsführer.
13. Juni Bei der Europawahl erringt die CSU mit ihrem Spitzenkandidaten Ingo Friedrich 57,4 % der Stimmen (Bundesdurchschnitt 8,0 %) und entsendet neun Abgeordnete ins Europäische Parlament.
29. Nov. Der von Hans Zehetmair geleitete Kulturpolitische Arbeitskreis (AKK) wird aufgeteilt. Siegfried Schneider wird zum Vorsitzenden des Arbeitskreises Schule (AKS) gewählt, am 3. Dezember. übernimmt Ludwig Spaenle den Vorsitz des Arbeitskreises Hochschule und Kultur (AKH)
29. Nov. Konstituierung der Internationalen Kommission der CSU. Vorsitzender wird Reinhold Bocklet
11. Dez. Durch Neuorganisation des Wehr- und Sicherheitspolitischen Arbeitskreises (WPA) entsteht als Nachfolgeorganisation der Arbeitskreis Außen- und Sicherheitspolitik (AKAS). Neuer Vorsitzender und Nachfolger von Hans Raidel wird Christian Schmidt.

[Zurück](#)